

Soziales, Sicherheit

- Die Armutgefährdungsquote Niedersachsens lag 2024 mit 16,6 % geringfügig über dem Vorjahreswert (+0,2 Prozentpunkte).
- Im Dezember 2024 lebten in Niedersachsen rund 546.400 Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, ein Rückgang um 3,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat (Deutschland: -0,6 % auf 5,69 Mio.).
- Die Zahl der Pflegebedürftigen stieg in Niedersachsen von 2021 zu 2023 um 14,8 % auf 623.000 Personen (Deutschland: +14,7 % auf 5,7 Mio.).
- Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr ging in Niedersachsen 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 % zurück auf rund 41.400 (Deutschland: -0,4 % auf knapp 367.800).

Wichtige Ergebnisse

Armutgefährdung 2024 in Niedersachsen gegenüber Vorjahr kaum verändert

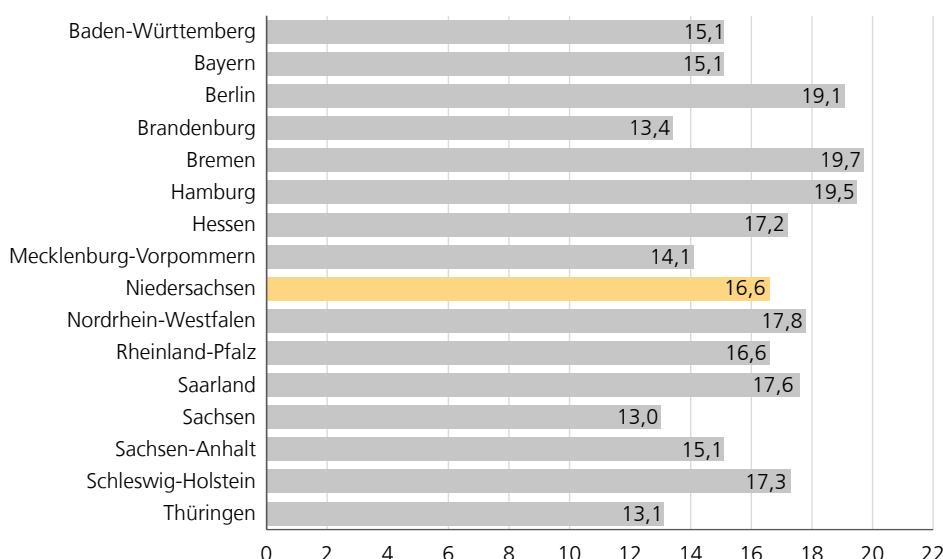
Armutgefährdungsquote

T66

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Der entsprechende Wert wird als Armutgefährdungsschwelle bezeichnet. Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Die Armutgefährdungsschwelle lag 2024 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 1.284 Euro, für einen Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren bei 2.697 Euro. Bei Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren waren es 1.669 Euro.

2024 galten in Niedersachsen 1,3 Mio. Menschen als armutsgefährdet, was einer Armutgefährdungsquote von 16,6 % entsprach (Frauen: 17,7 %, Männer: 15,4 %). Im Jahr zuvor lag die Quote nach den Endergebnissen des Mikrozensus mit 16,4 % leicht darunter. Auf Länderebene reichte die Spanne 2024 von 13,0 % in Sachsen bis 19,7 % in Bremen. Auch die anderen Stadtstaaten Hamburg (19,5 %) und Berlin (19,1 %) wiesen, wie in den Jahren zuvor, mit die höchsten Quoten auf. Dagegen war die Armutgefährdung in den ostdeutschen Ländern neben Bayern und Baden-Württemberg mit Quoten bis 15,1 % auch 2024 mit am niedrigsten.

Armutgefährdungsquoten 2024 – Prozent

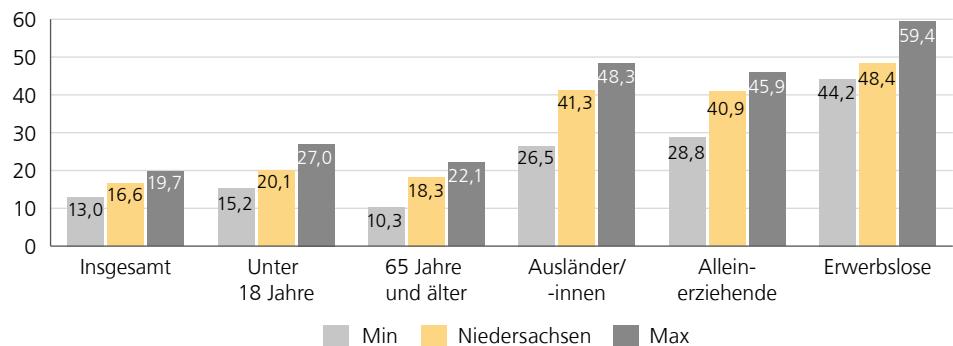


Die Armutgefährdung der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren war in Niedersachsen mit 20,1 % niedriger als in den 3 Jahren zuvor, gegenüber 2023 waren es 0,3 Prozentpunkte weniger. Sachsen (15,2 %), Mecklenburg-Vorpommern (15,3 %) und Bayern (16,2 %) wiesen hier die niedrigsten Quoten auf. Die höchste Armutgefährdung unter Minderjährigen verzeichnete Bremen mit einer Quote von 27,0 %, gefolgt vom Saarland (25,0 %) und Hamburg (24,9 %).

Die Armutgefährdung im Alter ab 65 Jahren erreichte in Niedersachsen mit 18,3 % einen Höchstwert, der Anstieg gegenüber 2023 war mit 0,4 Prozentpunkten zudem überdurchschnittlich hoch. Bayern wies in dieser Altersgruppe mit 22,1 % die höchste Armutgefährdung auf und Sachsen mit 10,3 % die niedrigste.

2024 waren Alleinerziehende weiterhin in besonderem Maße armutgefährdet. In Niedersachsen betrug ihre Armutgefährdungsquote 40,9 %. Ein ähnlich hohes Risiko bestand bei ausländischen Staatsangehörigen mit einer Quote von 41,3 %. Unter den Erwerbslosen war in Niedersachsen nahezu jede zweite Person (48,4 %) armutgefährdet.

■ Armutgefährdungsquoten 2024 insgesamt sowie nach ausgewählten Merkmalen – Prozent

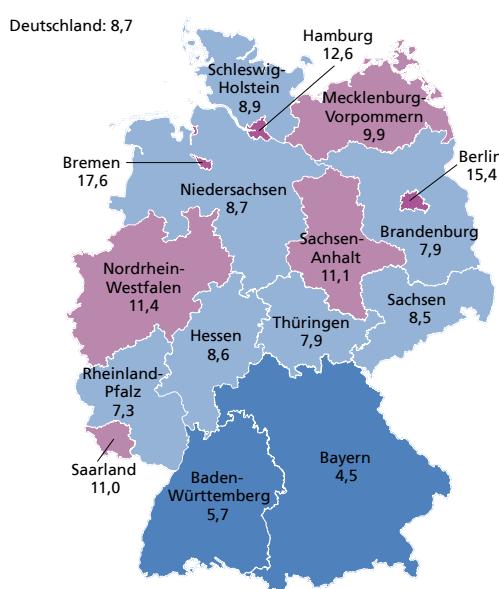


Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften
T67

Rückgang der Zahl der SGB II-Beziehenden

Im Dezember 2024 lebten in Niedersachsen rund 546.400 Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, also in Haushalten mit Empfängerinnen und Empfängern von Bürgergeld. Das waren knapp 16.900 beziehungsweise 3,0 % weniger als im Vorjahresmonat und zugleich der stärkste Rückgang im Ländervergleich. Bundesweit betrug der Rückgang 0,6 %, damit erhielten 2024 insgesamt 5,69 Mio. Personen Bürgergeld. Einen Anstieg bei der Zahl der Leistungsbeziehenden von bis zu 1,1 % verzeichneten die 4 Länder Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern.

■ Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohnerinnen und Einwohner 2024 – Anzahl



Der Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften unterhalb der Renten-Regelaltersgrenze an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung lag in Niedersachsen im Dezem-

ber 2024 mit 8,7 % um 0,3 Prozentpunkte unter dem zensusrevidierten Vorjahreswert (Deutschland unverändert bei 8,7 %). Der Anteil der minderjährigen Kinder in Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung verringerte sich im selben Zeitraum um 0,7 Prozentpunkte auf 13,1 % (Deutschland: -0,4 Prozentpunkte auf 13,0 %).

Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger 2023 leicht gestiegen

Soziale Mindestsicherung

T68

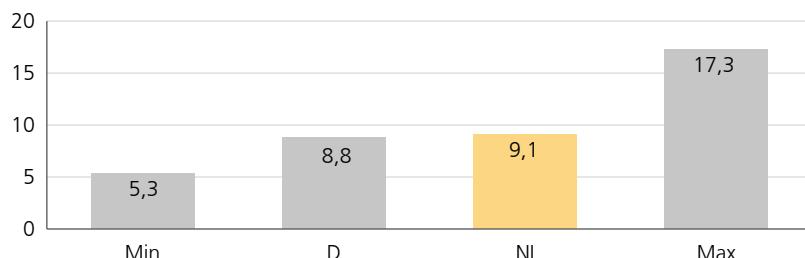
Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende: ALG II und Sozialgeld; ab 2023 Bürgergeld), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen sind. In Niedersachsen haben Ende 2023 rund 726.400 Menschen Mindestsicherungsleistungen erhalten. Das waren 0,7 % mehr als im Jahr zuvor. Damit fiel der Anstieg deutlich moderater aus als von 2021 auf 2022, als die Zahl der Leistungsbeziehenden infolge der Fluchtbewegungen aus der Ukraine um etwa 10 Prozent gestiegen war. Der aktuelle Zuwachs geht vor allem auf höhere Empfängerinnen- und Empfängerzahlen bei den Asylbewerberleistungen sowie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurück.

Die Mindestsicherungsquote, der Anteil der Leistungsbeziehenden an der Gesamtbevölkerung, lag Ende 2023 mit 9,1 % leicht über dem zensusrevidierten Vorjahreswert (9,0 %; Deutschland: 8,8 %; +0,1 Prozentpunkte). Die Spannweite der Mindestsicherungsquote reichte in den Ländern von 5,3 % in Bayern bis 17,3 % in Bremen.

Mindestsicherungsquote (Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.) 2023

– Prozent



Für 2024 lagen bei Redaktionsschluss aus der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder noch keine Zahlen für alle Länder zu den Empfängerinnen und Empfängern von Mindestsicherungsleistungen vor. Für Niedersachsen ergaben sich 709.140 Leistungsbeziehende. Die Zahl sank damit gegenüber dem Vorjahr um 2,4 %. Die Zahl der SGB II-Beziehenden nahm um 3,1 % weiter ab und die Zahl der Personen, die auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind, sank um 2,4 %. Ebenso zurück ging die Zahl derjenigen, die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen haben (-7,7 %). Dagegen stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 2,7 %.

Anstieg der Verbraucherinsolvenzen setzt sich fort

Verbraucherinsolvenzen

T69

Im Jahr 2024 gab es in Niedersachsen 10.551 Verbraucherinsolvenzen, was gegenüber 2023 einem Anstieg um 5,2 % entsprach. Bundesweit stieg die Zahl mit 6,5 % stärker an. Die Quote der Verbraucherinsolvenzen bezogen auf 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner fällt in Niedersachsen generell deutlich höher aus als im Bundesdurchschnitt. Je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es 2024 in Niedersachsen 13,2 Insolvenzen; wie in den Vorjahren war das hinter Bremen (16,5) abermals der zweithöchste Wert im Ländervergleich (Bundesdurchschnitt: 8,5).

Pflegebedürftige T70

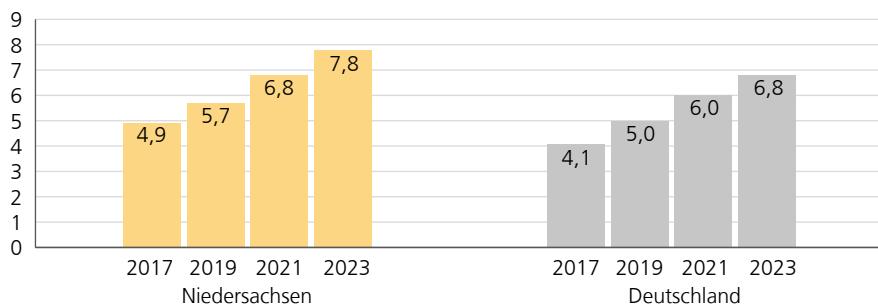
Stark steigende Zahl der pflegebedürftigen Bevölkerung

In der zweijährlichen Erhebung der Pflegestatistik werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI). Zudem gilt seit 2017 ein neues Begutachtungsverfahren, bei dem der Grad der Selbstständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit ist. Seither führt u. a. auch das Krankheitsbild der Demenz zur Zuerkennung eines Pflegegrades. Durch beide Erweiterungen werden seit 2017 deutlich mehr Pflegebedürftige in der Pflegestatistik ausgewiesen.

Im Jahr 2023 waren in Niedersachsen rund 623.000 Menschen pflegebedürftig. Das waren 14,8 % mehr als 2021 (zweijährliche Statistik) und 60,9 % mehr als 2017. Bundesweit stieg die Zahl im selben Zeitraum ähnlich stark an (+14,7 % und +66,6 %) auf rund 5,7 Mio. Pflegebedürftige.

In Niedersachsen wurde 2023 der größte Teil der Pflegebedürftigen (55,4 %; Deutschland: 54,5 %) zu Hause von Angehörigen oder von privat organisierter Hilfe versorgt. 18,6 % (Deutschland: 19,3 %) lebten mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes in den eigenen 4 Wänden und 15,0 % (Deutschland: 14,1 %) wurden in vollstationären Pflegeeinrichtungen betreut und versorgt.

■ Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern 2017, 2019, 2021 und 2023 – Prozent



Pflegequote T70

Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2023 gegenüber 2021 in Niedersachsen um 1,0 Prozentpunkte auf 7,8 % (2017: 4,9 %). Im Ländervergleich war dies der siebthöchste Wert. Die Spanne reichte von 4,8 % in Bayern bis 9,5 % in Sachsen-Anhalt. Die ostdeutschen Flächenländer wiesen auch 2023 die höchsten Quoten auf. Grund dafür dürfte vor allem die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung sein. Deutschlandweit lag die Pflegequote 2023 bei 6,8 % und damit 0,8 Prozentpunkte über dem Wert von 2021.

Vorläufige Schutzmaßnahmen T71

Anstieg der Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen setzt sich weiter deutlich fort

Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

Im Jahr 2023 wurden in Niedersachsen 6.398 Kinder und Jugendliche von den Jugendämtern in Obhut genommen. Das entspricht einem Anstieg um 15,9 % gegenüber 2022. Bundesweit stieg die Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen um 12,3 % auf 74.590. Je 10.000 Minderjährige wurden in Niedersachsen 47 Schutzmaßnahmen ergriffen, der Bundesdurchschnitt lag bei 53. Am niedrigsten war der Wert in Bayern (25), am höchsten in Bremen (130).

Am deutlichsten nahmen wie schon im Vorjahr die Fälle unbegleiteter Einreisen aus dem Ausland zu – um 80,5 % auf 2.688 Maßnahmen. Dieser Anlass war zugleich der häufigste

Grund für eine vorläufige Schutzmaßnahme. Dahinter folgten „Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils“ sowie „Sonstige Probleme“. An vierter Stelle standen zusammengefasst Fälle körperlicher und psychischer Misshandlung. Dabei können für eine Maßnahme mehrere Anlässe angegeben werden.

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zurückgegangen

Bei Frauen aus Niedersachsen wurden 2024 mit 8.760 Schwangerschaftsabbrüchen 2,4 % weniger vorgenommen als im Vorjahr. Bundesweit lag die Zahl der Abbrüche bei 106.455 und damit 0,2 % geringfügig höher als 2023.

Bezogen auf 1.000 Geborene blieb die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Niedersachsen unverändert bei 133; 5 Jahre zuvor waren es 112. Bundesweit wurden 157 Abbrüche je 1.000 Geborene vorgenommen, 4 mehr als 2023. Die Spanne dieser Kennziffer reichte von 110 in Bayern bis 286 in Berlin. Wie in den Vorjahren wurde gut jeder fünfte Eingriff (20,2 %) von Frauen aus Niedersachsen in einem anderen Land vorgenommen, im Durchschnitt aller Länder war es nur etwa jeder 13. Eingriff (7,8 %).

Schwangerschaftsabbrüche

T72

Zahl der Straftaten zurückgegangen – weniger Wohnungseinbruchdiebstähle

Straftaten

T73

Im Jahr 2024 erfasste die Polizei in Niedersachsen 529.264 Straftaten – das entspricht einem Rückgang von 4,3 % gegenüber dem Vorjahr. Bundesweit fiel der Rückgang mit 1,7 % geringer aus; insgesamt wurden 5,84 Mio. Straftaten registriert. Bezogen auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Niedersachsen etwa 6.600 Delikte verzeichnet. In 5 Ländern lag diese Häufigkeitszahl niedriger, während der Bundesdurchschnitt bei knapp 7.000 lag. Die Aufklärungsquote verbesserte sich in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 62,8 %. Sie lag zudem über der Quote im Bundesdurchschnitt von 58,0 %, die gegenüber 2023 um 0,4 Prozentpunkte zurückging.

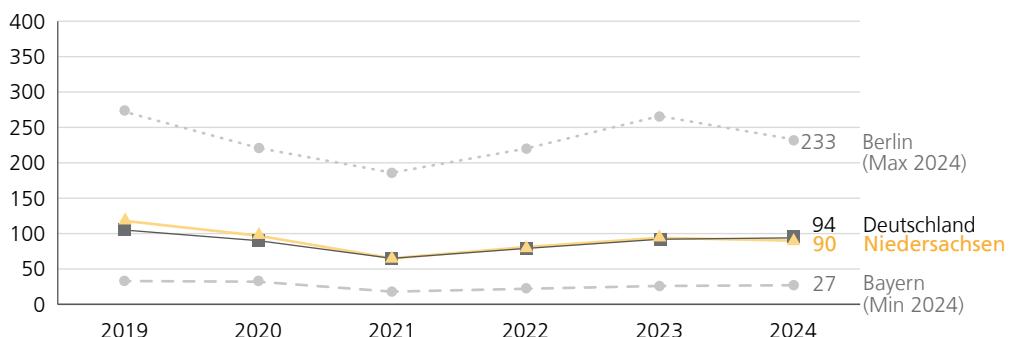
Wohnungseinbruchdiebstahl

T73

Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchsnopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

In Niedersachsen wurden 2024 insgesamt 7.203 Wohnungseinbrüche registriert – ein Rückgang um 5,8 % gegenüber dem Vorjahr (2023: 7.646 Fälle). Bundesweit nahm die Zahl dagegen leicht zu: Sie stieg um 0,8 % auf rund 78.440 Fälle.

Wohnungseinbruchdiebstähle je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner 2019 bis 2024 – Anzahl



Rechnet man die Delikte auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner um, ergeben sich für Niedersachsen 90 Wohnungseinbrüche und für Deutschland 94. Im Vorjahr lagen die Werte bei 94 bzw. 92. Am häufigsten wurde 2024 in den Stadtstaaten eingebrochen,

bzw. versucht einzubrechen: Berlin kam auf 233 Fälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Bremen auf 222 und Hamburg auf 162. Die niedrigsten Werte verzeichneten Bayern (27) und Baden-Württemberg (47).

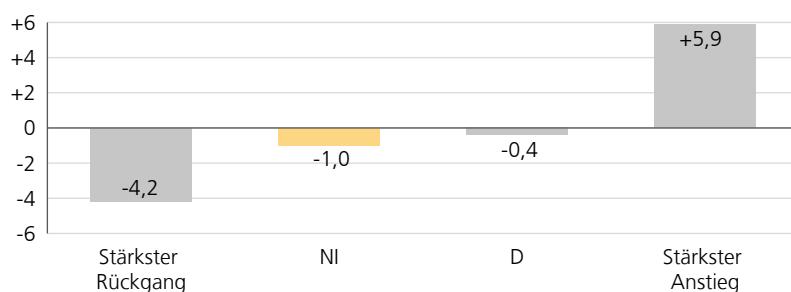
Verunglückte im Straßenverkehr

T74

Straßenverkehrsunfälle: Weniger Verunglückte als im Vorjahr

In Niedersachsen ist die Zahl der im Straßenverkehr Verunglückten (Verletzte und Getötete) 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 % zurückgegangen – auf knapp 41.400 Personen. Deutschlandweit wurden knapp 367.800 Verunglückte gezählt, das waren 0,4 % weniger als 2023.

■ Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2024 gegenüber 2023 – Prozent



Im mittelfristigen Vergleich zu 2019 sank die Zahl der Betroffenen in Niedersachsen um 2,3 %, bundesweit sogar um 5,0 %.

Auch 2024 stellten Fahrradfahrende (einschließlich Pedelecs) in Niedersachsen rund ein Viertel aller Verunglückten im Straßenverkehr (25,2 %). Ihre Zahl ging leicht zurück und lag bei 10.428 Personen (Deutschland: 93.606).

Dagegen stieg erneut die Zahl der Verunglückten mit Elektrokleinstfahrzeugen, zu denen vor allem seit 2019 die zugelassenen E-Scooter zählen. In Deutschland wurden 2024 insgesamt 10.886 Verunglückte registriert (2023: 8.425; 2022: 7.427), was einem Zuwachs von 29,2 % entsprach. In Niedersachsen stieg die Zahl auf 1.307 Personen – ein Plus von 44,3 % gegenüber 2023 (906). In den Jahren davor waren es 737 (2022) bzw. 442 (2021).

Rechnet man alle Verunglückten im Straßenverkehr auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner um, kam Niedersachsen 2024 auf 517 Fälle. Nur Schleswig-Holstein lag mit 527 Fällen noch höher; der Bundesdurchschnitt betrug 440 Fälle. Gegenüber dem Vorjahr sank der Wert in Niedersachsen um 5, im Vergleich zu 2019 um 13 (Deutschland: -3 bzw. -26).

Die Zahl der tödlich Verunglückten ging ebenfalls zurück. In Niedersachsen starben 2024 insgesamt 348 Menschen im Straßenverkehr – 17,7 % weniger als im Vorjahr (2023: 423). Bundesweit wurden 2.770 Todesopfer gezählt, ein Rückgang um 2,4 %.

Informationen:

Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal.de): Daten und Fakten > Gesellschaft und Staat: Soziales und Armut > [Sozialberichterstattung](#)

SGB II-Leistungen:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistiken > Fachstatistiken > Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) > Produkte > Personen/Bedarfsgemeinschaften > [Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder \(Monatszahlen\)](#)/[Kinder in Bedarfsgemeinschaften \(Monatszahlen\)](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Soziales und Inklusion > Soziales > [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)

Verbraucherinsolvenzen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Branchen und Unternehmen > Unternehmen > [Gewerbemeldungen und Insolvenzen](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 52 Unternehmen und Arbeitsstätten: [52411 Statistik über beantragte Insolvenzverfahren](#)
- LSN: Themen > Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen > Insolvenzen in Niedersachsen > [Statistische Berichte](#) > D III 1 Insolvenzverfahren

Pflegebedürftige:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Gesundheit > [Pflege](#) > [Publikationen](#) > Pflegebedürftige, Ländervergleich

Vorläufige Schutzmaßnahmen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 22 Öffentliche Sozialleistungen: [22523 Vorläufige Schutzmaßnahmen](#)
- LSN: Themen > Soziales > Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen > [Erzieherische Hilfen, Adoptionen, Pflegschaften, vorl. Schutzmaßnahmen und Gefährdungseinschätzungen](#)

Schwangerschaftsabbrüche:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Gesundheit > [Schwangerschaftsabbrüche](#) > [Publikationen](#)

Straftaten:

- Bundeskriminalamt (BKA): Aktuelles > Statistiken und Lagebilder > [Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\)](#) > PKS 2024 > PKS-Tabellen > Räumliche Gliederung (Bund/Länder/Kreise/Städte) > Tabellen auf Länderebene > Länder – Falltabellen > [T01 Grundtabelle – Fälle – Länder \(V1.0\)](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung: Aktuelles > Presseinformationen > Presseinformation vom 13.3.2025: [Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 Niedersachsen: Weniger Taten – geringere Häufigkeitszahl – höhere Aufklärungsquote](#)

Verunglückte im Straßenverkehr:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt > Verkehrsunfälle > [Publikationen](#) > Verkehrsunfälle jährlich > [Statistischer Bericht – Verkehrsunfälle Zeitreihen 2015–2024](#) (Tab. 46241-03 sowie 46241-10/-11/-12)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal.de): Produkte > Karten > [Unfallatlas](#)
- LSN: Themen > Verkehrsunfälle und Verkehr > Straßenverkehrsunfälle in Niedersachsen > [Tabellen](#) > Straßenverkehrsunfallstatistik

Autor: Arne Lehmann

Tabellen Soziales und Sicherheit

66. Armutgefährdung

Land	Armutgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾	In der Altersgruppe		Von Ausländern/-innen	Von Alleinerziehenden	Von Erwerbslosen	Armutgefährdungsschwellen Einpersonenhaushalt	Veränderung der Armutgefährdungsquoten			
		unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter					2024/2019	2024/2023		
		%						Euro	Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	15,6	15,3	15,1	17,4	19,7	28,9	44,4	44,2	1.377	x	-0,2
Bayern	14,7	14,8	15,1	16,2	22,1	26,5	35,6	44,6	1.397	x	+0,3
Berlin	17,8	19,7	19,1	23,1	18,6	32,3	34,3	47,9	1.281	x	-0,6
Brandenburg	13,3	14,9	13,4	16,6	13,0	36,0	34,5	51,8	1.271	x	-1,5
Bremen	18,5	20,4	19,7	27,0	16,7	35,2	44,2	56,4	1.136	x	-0,7
Hamburg	17,9	19,2	19,5	24,9	20,8	37,8	45,7	50,9	1.329	x	+0,3
Hessen	17,0	17,8	17,2	21,9	18,7	33,5	38,4	48,2	1.327	x	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	13,4	14,1	14,1	15,3	13,2	44,3	31,3	52,9	1.209	x	0
Niedersachsen	16,0	16,4	16,6	20,1	18,3	41,3	40,9	48,4	1.284	x	+0,2
Nordrhein-Westfalen	17,0	18,2	17,8	23,3	18,9	37,7	45,9	48,9	1.290	x	-0,4
Rheinland-Pfalz	16,5	17,1	16,6	21,2	20,2	35,3	44,6	45,7	1.298	x	-0,5
Saarland	17,1	18,0	17,6	25,0	18,3	41,9	33,5	50,0	1.230	x	-0,4
Sachsen	12,5	13,1	13,0	15,2	10,3	45,9	28,8	59,4	1.212	x	-0,1
Sachsen-Anhalt	14,8	15,1	15,1	19,4	12,6	48,3	36,4	56,6	1.200	x	0
Schleswig-Holstein	15,9	16,7	17,3	21,5	18,5	45,0	43,1	47,8	1.316	x	+0,6
Thüringen	12,4	13,4	13,1	16,6	10,9	39,7	32,3	54,6	1.196	x	-0,3
Deutschland⁵⁾	15,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Die Ergebnisse des Mikrozensus 2019 sind hier nur nachrichtlich aufgeführt.

3) Endergebnis 2023; Die Ergebnisse des Mikrozensus ab dem Erhebungsjahr 2020 sind durch methodische Veränderungen nur eingeschränkt mit den früheren Erhebungsjahren vergleichbar. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Informationsseite des Statistischen Bundesamtes.

4) Erstergebnis 2024 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

5) Ab 2024 und rückwirkend für die Jahre 2020 bis 2023 wird in der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder grundsätzlich nur noch die EU-weit vergleichbare Quelle MZ-SILC als Grundlage zur Errechnung von Einkommensindikatoren wie der Armutgefährdung auf Basis des Bundesmedians herangezogen. Die Vergleichbarkeit mit den Daten aus dem Mikrozensuskernprogramm auf Basis des jeweiligen Landesmedians ist nicht gegeben. Die Deutschlandwerte sind daher hier nicht aufgeführt. Weitere methodische Hinweise: www.statistikportal.de > Daten und Fakten > Soziales und Armut > Sozialberichterstattung > Einkommen, Armutgefährdung und soziale Lebensbedingungen.

Quelle: Mikrozensus, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2025

67. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften¹⁾

Land	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt (Dezember)			Darunter sonstige Personen ²⁾	Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohner/-innen ³⁾			Anteil minderjähriger Kinder in BG an der Bevölkerung ⁴⁾	Veränderung der Zahl der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften insgesamt	
	2019	2023	2024		2019	2023	2024		2024/2019	2024/2023
	Anzahl						%			
Baden-Württemberg	431.803	509.884	513.396	18.221	4,8	5,7	5,7	8,8	+18,9	+0,7
Bayern	395.354	469.508	474.666	20.909	3,8	4,5	4,5	6,9	+20,1	+1,1
Berlin	486.091	468.643	464.230	12.593	16,3	15,6	15,4	23,1	-4,5	-0,9
Brandenburg	164.761	154.151	151.715	7.059	8,6	8,0	7,9	10,7	-7,9	-1,6
Bremen	99.964	100.336	99.492	4.059	18,4	17,8	17,6	28,8	-0,5	-0,8
Hamburg	181.266	196.318	195.098	6.731	11,9	12,8	12,6	19,5	+7,6	-0,6
Hessen	401.546	429.548	428.714	14.576	8,0	8,6	8,6	13,3	+6,8	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	125.765	116.399	114.653	5.449	10,3	9,9	9,9	13,2	-8,8	-1,5
Niedersachsen	548.510	563.288	546.411	22.755	8,7	9,0	8,7	13,1	-0,4	-3,0
Nordrhein-Westfalen	1.614.332	1.631.609	1.625.519	54.168	11,3	11,4	11,4	17,2	+0,7	-0,4
Rheinland-Pfalz	220.285	233.136	235.004	10.420	6,8	7,2	7,3	11,3	+6,7	+0,8
Saarland	83.171	84.017	84.516	2.886	11,0	10,8	11,0	18,0	+1,6	+0,6
Sachsen	259.523	259.875	256.788	10.260	8,6	8,6	8,5	11,5	-1,1	-1,2
Sachsen-Anhalt	198.259	178.640	173.369	8.295	12,2	11,4	11,1	15,7	-12,6	-3,0
Schleswig-Holstein	208.868	204.376	204.042	7.038	9,3	8,9	8,9	13,7	-2,3	-0,2
Thüringen	127.975	125.006	122.039	5.566	8,0	8,0	7,9	11,6	-4,6	-2,4
Deutschland	5.547.473	5.724.734	5.689.652	210.985	8,4	8,7	8,7	13,0	+2,6	-0,6

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.

3) Bevölkerung im Alter von 0 bis zur Regelaltersgrenze nach § 7a SGB II am 31.12. des jeweiligen Jahres.

4) Minderjährige Kinder (mit und ohne Leistungsanspruch sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen) in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2024.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung (Monatszahlen), März 2025; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, Dez. 2024

68. Soziale Mindestsicherung am Jahresende

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung ¹⁾ insgesamt			Mindestsicherungsquote (Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen 31.12.)				Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen insgesamt		
				insgesamt		männlich	weiblich			
	2018	2022	2023	2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022		
	Anzahl			% insgesamt				%		
Baden-Württemberg	586.407	655.707	677.807	5,3	5,9	6,0	6,0	6,1	+15,6	+3,4
Bayern	600.409	658.509	691.839	4,6	5,0	5,3	5,3	5,2	+15,2	+5,1
Berlin	612.398	578.227	579.323	16,8	15,9	15,8	16,6	15,1	-5,4	+0,2
Brandenburg	217.825	194.149	193.981	8,7	7,6	7,6	8,3	6,9	-10,9	-0,1
Bremen	119.168	120.296	121.448	17,4	17,3	17,3	17,4	17,2	+1,9	+1,0
Hamburg	239.065	252.297	257.210	13,0	13,8	13,9	14,1	13,7	+7,6	+1,9
Hessen	543.127	558.582	567.807	8,7	9,0	9,1	9,1	9,0	+4,5	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	162.912	142.807	143.248	10,1	9,1	9,1	10,0	8,2	-12,1	+0,3
Niedersachsen	714.194	721.570	726.399	8,9	9,0	9,1	9,2	9,0	+1,7	+0,7
Nordrhein-Westfalen	2.017.535	1.997.409	2.006.772	11,3	11,1	11,1	11,3	11,0	-0,5	+0,5
Rheinland-Pfalz	287.580	291.783	300.933	7,0	7,1	7,3	7,4	7,2	+4,6	+3,1
Saarland	102.085	102.351	104.332	10,3	10,1	10,3	10,5	10,1	+2,2	+1,9
Sachsen	327.263	307.105	321.277	8,0	7,6	7,9	8,5	7,4	-1,8	+4,6
Sachsen-Anhalt	238.823	211.878	209.146	10,8	9,9	9,8	10,6	9,0	-12,4	-1,3
Schleswig-Holstein	275.913	260.279	266.700	9,5	8,9	9,0	9,3	8,7	-3,3	+2,5
Thüringen	159.013	148.676	150.150	7,4	7,0	7,1	7,5	6,7	-5,6	+1,0
Deutschland	7.203.717	7.201.635	7.318.372	8,7	8,7	8,8	9,0	8,6	+1,6	+1,6

1) Gesamtregelleistung nach dem SGB II: „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ab 2020 Anwendung von Geheimhaltungsregeln (Ser-Rundung) bei 3 der 4 einfließenden Statistiken (außer SGB II); dadurch beträgt die jeweils mögliche Abweichung der Anzahl von Empfängerinnen und Empfängern sozialer Mindestsicherungsleistungen insgesamt vom Originalwert maximal 6.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10.000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
				2019	2023	2024		
	Anzahl			%			2024/2019	2024/2023
Baden-Württemberg	5.234	5.865	6.874	4,7	5,2	6,1	+31,3	+17,2
Bayern	5.381	5.747	6.489	4,1	4,4	4,9	+20,6	+12,9
Berlin	3.129	3.055	3.210	8,6	8,4	8,7	+2,6	+5,1
Brandenburg	2.481	2.321	2.437	9,9	9,1	9,5	-1,8	+5,0
Bremen	822	992	1.159	12,0	14,2	16,5	+41,0	+16,8
Hamburg	1.612	2.125	2.300	8,7	11,5	12,4	+42,7	+8,2
Hessen	3.684	4.275	4.696	5,9	6,8	7,5	+27,5	+9,8
Mecklenburg-Vorpommern	1.550	1.719	1.787	9,6	10,9	11,3	+15,3	+4,0
Niedersachsen	9.247	10.031	10.551	11,6	12,5	13,2	+14,1	+5,2
Nordrhein-Westfalen	15.797	17.186	17.285	8,8	9,6	9,6	+9,4	+0,6
Rheinland-Pfalz	2.742	2.801	3.109	6,7	6,8	7,5	+13,4	+11,0
Saarland	1.103	1.135	1.126	11,2	11,2	11,1	+2,1	-0,8
Sachsen	2.982	2.944	3.130	7,3	7,3	7,7	+5,0	+6,3
Sachsen-Anhalt	2.355	2.147	2.324	10,7	10,0	10,9	-1,3	+8,2
Schleswig-Holstein	3.073	3.068	3.300	10,6	10,4	11,2	+7,4	+7,6
Thüringen	1.440	1.476	1.430	6,7	7,0	6,8	-0,7	-3,1
Deutschland	62.632	66.887	71.207	7,5	8,0	8,5	+13,7	+6,5

70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2017	2021	2023		2017	2021	2023	2023/2017	2023/2021
	Anzahl			% ²⁾					
Baden-Württemberg	398.612	540.401	624.831	61,3	3,6	4,9	5,6	+56,8	+15,6
Bayern	399.357	578.147	631.273	61,6	3,1	4,4	4,8	+58,1	+9,2
Berlin	135.680	185.528	211.999	61,1	3,8	5,0	5,8	+56,2	+14,3
Brandenburg	132.426	184.646	214.072	60,8	5,3	7,3	8,4	+61,7	+15,9
Bremen	28.998	42.048	47.628	62,5	4,3	6,2	6,8	+64,2	+13,3
Hamburg	63.145	90.288	96.606	60,9	3,4	4,9	5,2	+53,0	+7,0
Hessen	261.757	368.396	423.378	61,2	4,2	5,9	6,8	+61,7	+14,9
Mecklenburg-Vorpommern	91.029	122.866	139.872	60,0	5,7	7,6	8,9	+53,7	+13,8
Niedersachsen	387.293	542.904	623.071	61,2	4,9	6,8	7,8	+60,9	+14,8
Nordrhein-Westfalen	769.132	1.191.981	1.387.134	60,9	4,3	6,6	7,7	+80,4	+16,4
Rheinland-Pfalz	161.164	241.364	271.519	61,1	4,0	5,9	6,6	+68,5	+12,5
Saarland	45.582	70.556	80.351	62,2	4,6	7,2	7,9	+76,3	+13,9
Sachsen	204.797	310.674	363.243	61,6	5,0	7,7	9,0	+77,4	+16,9
Sachsen-Anhalt	110.624	166.348	204.236	61,7	5,0	7,7	9,5	+84,6	+22,8
Schleswig-Holstein	109.162	158.546	175.323	59,8	3,8	5,4	5,9	+60,6	+10,6
Thüringen	115.620	166.453	193.937	60,9	5,4	7,9	9,2	+67,7	+16,5
Deutschland	3.414.378	4.961.146	5.688.473	61,1	4,1	6,0	6,8	+66,6	+14,7

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

71. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche ¹⁾			Schutzmaßnahmen je 10.000 Kinder und Jugendliche ²⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2018	2022	2023	2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022
	Anzahl			Anzahl			% ²⁾	
Baden-Württemberg	4.949	7.702	10.828	26	40	56	+118,8	+40,6
Bayern	3.944	4.917	5.545	18	22	25	+40,6	+12,8
Berlin	2.621	4.454	4.068	44	73	67	+55,2	-8,7
Brandenburg	2.059	2.177	2.649	52	53	64	+28,7	+21,7
Bremen	1.006	1.123	1.587	91	94	130	+57,8	+41,3
Hamburg	1.506	2.376	2.550	49	76	81	+69,3	+7,3
Hessen	4.181	6.483	7.635	40	61	72	+82,6	+17,8
Mecklenburg-Vorpommern	1.113	1.432	1.617	46	59	67	+45,3	+12,9
Niedersachsen	5.288	5.518	6.398	40	41	47	+21,0	+15,9
Nordrhein-Westfalen	14.502	16.546	16.306	48	54	53	+12,4	-1,5
Rheinland-Pfalz	1.897	2.667	2.881	29	39	42	+51,9	+8,0
Saarland	624	457	599	43	30	38	-4,0	+31,1
Sachsen	3.502	4.186	5.040	55	64	77	+43,9	+20,4
Sachsen-Anhalt	1.489	1.700	2.042	46	53	63	+37,1	+20,1
Schleswig-Holstein	2.554	3.014	2.905	54	63	60	+13,7	-3,6
Thüringen	1.355	1.692	1.940	42	52	59	+43,2	+14,7
Deutschland	52.590	66.444	74.590	39	48	53	+41,8	+12,3

1) Ab 2017 sind Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

2) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

72. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Darunter im Wohnland	Häufigkeitszahl je 1.000 Geborene (Lebend- und Totgeborene)			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2019	2023	2024		2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl		%	Anzahl			%		
Baden-Württemberg	10.145	11.424	11.715	90,9	93	116	120	+29,1	+3,5
Bayern	12.131	12.947	12.635	93,1	94	111	110	+16,7	-0,6
Berlin	9.645	9.332	9.690	99,5	243	272	286	+17,6	+5,0
Brandenburg	3.352	3.341	3.240	84,6	173	209	213	+23,3	+1,8
Bremen	1.219	1.540	1.580	87,3	170	232	251	+48,0	+8,3
Hamburg	3.573	2.930	3.515	96,9	170	160	199	+17,3	+24,8
Hessen	8.122	8.994	8.570	96,1	135	167	161	+19,3	-3,6
Mecklenburg-Vorpommern	2.309	2.291	2.200	96,4	182	236	239	+31,6	+1,5
Niedersachsen	8.220	8.975	8.760	79,8	112	133	133	+19,0	-0,1
Nordrhein-Westfalen	21.552	23.246	23.445	98,2	126	149	153	+21,4	+2,7
Rheinland-Pfalz	3.592	4.006	3.990	61,0	96	116	118	+23,0	+2,3
Saarland	1.242	1.440	1.455	98,6	154	184	192	+24,1	+3,9
Sachsen	5.160	5.582	5.385	97,8	149	212	217	+45,8	+2,3
Sachsen-Anhalt	3.346	3.205	3.215	93,6	200	236	255	+27,6	+8,4
Schleswig-Holstein	3.261	3.504	3.635	91,1	132	157	166	+26,2	+5,6
Thüringen	2.935	3.005	2.870	94,1	176	231	242	+37,8	+4,9
Deutschland¹⁾	100.893	106.218	106.455	92,2	129	153	157	+21,2	+2,6

1) Inklusive nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze.

73. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt					Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl ¹⁾	Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt		
	erfasste Fälle		Häufigkeitszahl ²⁾	Aufklärungsquote	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ²⁾			
	2019	2023	2024			erfasste Fälle	2024/2019	2024/2023	
Anzahl		%	Anzahl		%				
Baden-Württemberg	573.813	594.657	587.330	5.230	62,6	5.286	47	+2,4	-1,2
Bayern	603.464	651.519	622.762	4.726	67,9	3.605	27	+3,2	-4,4
Berlin	513.426	536.697	539.049	14.719	45,5	8.529	233	+5,0	+0,4
Brandenburg	171.828	186.242	176.641	6.915	58,4	2.557	100	+2,8	-5,2
Bremen	78.228	97.112	105.384	14.998	45,5	1.561	222	+34,7	+8,5
Hamburg	210.832	234.241	224.913	12.147	47,9	3.008	162	+6,7	-4,0
Hessen	364.833	397.512	388.226	6.194	61,9	5.867	94	+6,4	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	111.329	111.571	108.544	6.878	64,4	939	60	-2,5	-2,7
Niedersachsen	506.582	553.202	529.264	6.609	62,8	7.203	90	+4,5	-4,3
Nordrhein-Westfalen	1.227.929	1.412.806	1.398.652	7.763	53,5	28.464	158	+13,9	-1,0
Rheinland-Pfalz	241.529	255.972	239.388	5.803	64,3	2.626	64	-0,9	-6,5
Saarland	74.719	72.155	65.607	6.470	61,2	842	83	-12,2	-9,1
Sachsen	271.796	296.421	297.985	7.349	60,5	2.243	55	+9,6	+0,5
Sachsen-Anhalt	173.347	193.814	184.183	8.588	55,3	1.696	79	+6,3	-5,0
Schleswig-Holstein	183.445	196.289	213.417	7.227	60,6	2.957	100	+16,3	+8,7
Thüringen	129.301	150.457	156.100	7.381	60,9	1.053	50	+20,7	+3,8
Deutschland	5.436.401	5.940.667	5.837.445	6.995	58,0	78.436	94	+7,4	-1,7

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2023.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Grundtabelle V1.0 Stand 13.2.2025

74. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Darunter Getötete	Verunglückte je 100.000 Einwohner/-innen (31.12.)			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2019	2023	2024		2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	47.240	42.594	42.109	340	426	379	374	-10,9	-1,1
Bayern	67.620	62.858	62.686	495	515	477	473	-7,3	-0,3
Berlin	17.811	16.245	16.481	55	485	444	447	-7,5	+1,5
Brandenburg	11.979	11.056	11.112	114	475	433	435	-7,2	+0,5
Bremen	3.852	3.530	3.403	12	565	502	483	-11,7	-3,6
Hamburg	9.296	9.331	8.941	39	503	504	480	-3,8	-4,2
Hessen	27.497	25.429	25.104	198	437	406	400	-8,7	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	7.001	6.257	6.313	93	435	397	401	-9,8	+0,9
Niedersachsen	42.348	41.792	41.364	348	530	522	517	-2,3	-1,0
Nordrhein-Westfalen	78.268	79.622	78.888	485	436	442	437	+0,8	-0,9
Rheinland-Pfalz	18.710	17.583	17.086	130	457	426	414	-8,7	-2,8
Saarland	4.761	4.232	4.194	24	482	417	414	-11,9	-0,9
Sachsen	17.124	16.384	16.865	144	421	404	417	-1,5	+2,9
Sachsen-Anhalt	10.207	9.909	9.969	111	465	462	467	-2,3	+0,6
Schleswig-Holstein	15.945	15.355	15.608	86	549	520	527	-2,1	+1,6
Thüringen	7.617	7.219	7.645	96	357	341	364	+0,4	+5,9
Deutschland	387.276	369.396	367.768	2.770	466	443	440	-5,0	-0,4